

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die Gehalt. Colonelle für Arbeitslosensuche 75 Pfg., Gehalts- und Privatangelegen 1 Mk.

Stamm des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verantwortung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltentisch 17. Redaktion: Duisburg, Seltentisch 17. Aufträgen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 45.

Duisburg, den 9. November 1918.

19. Jahrgang

Ende und Wiedergeburt

Der Weltkrieg, der über vier Jahre den Erdball mit Schrecken und Feuer durchdrachte und bis in die fernsten Länder seine Schatten warf, geht zu Ende. Wir sind besiegt, auf Generationen zurückgeworfen von der wirtschaftlichen und politischen Höhe, auf der wir standen, und von der aus wir uns zu einem Weltvolk zu entwickeln hofften. Einen gigantischeren Kampf hat noch nie ein Volk durchgemacht, als es das deutsche getan hat. Vor diesem Ringen stünden alle Freiheitskämpfe, die je die Welt gesehen hat, zu Bapallien herunter. In einem kaum ausdenkbaren Maß hat das deutsche Volk seine Kräfte zusammengerafft und in Heldengröße, von der die Welt lernen kann, seinen Existenzkampf durchgefochten. Und wenn wir jetzt zusammenbrachen, dann ist daran das deutsche Volk nicht unschuldig. Was unsere Front gut machte, verlor die Heimat zum großen Teil wieder und zwar mit einer Präzision, die die helle Freude unserer Gegner hervorgerufen konnte. Es nahme sich keiner aus. Mitte, Linke und Rechte, jeder hat sein Teil dazu beigetragen. Regierung, Wähler und radikale Schreier. Das deutsche Volk hat sich in der letzten Viertelstunde im Schmelztiegel der Besichte nicht bewährt. Wir wollen hoffen, daß die schweren und bitteren Zeiten, die im Frieden kommen, und die drückender werden als die Kriegsjahre, die deutsche Volkseele zu läutern vermögen von den vielen Sclacken, die ihr noch anhaften.

Man redet jetzt viel davon, daß das sogenannte alte deutsche System, die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie, und wie die Sachen alle heißen, den Krieg verschuldet hätten, ja, daß letzten Endes Deutschland genau so schuldig am Weltkriege sei als die feindlichen Länder auch. Es hat sich darin eine Begriffsverwirrung in Deutschland breit gemacht, die jeder Besichtigung spottet. In kurzen Zügen wollen wir daher noch einmal den wahren Grund des Krieges darlegen.

Die Geschichte der letzten zwanzig Jahre hat gezeigt, daß der Ursprung des ganzen Weltkrieges der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Deutschland und England war. Wir haben absolut keinen Grund, jetzt als Besiegte uns ins Unrecht zu setzen, nur weil das vielleicht unseren Feinden schmeichelt. Der Mammonismus ist die Triebfeder des Weltkrieges und das anglo-amerikanische Kapital hat die Bausteine zum Kriege herbei getragen.

In den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg war der Handel Englands allerdings noch immer weiter erheblich gewachsen. Und wenn man nur die nackten Außenhandelsziffern von Deutschland und von England vergleicht, so könnte und kann man sehr wohl zu dem vielfach verbreiteten Irrtum kommen, daß beide Länder einander gute Kunden waren, daß es beiden Ländern gelang, ihre Handelsumfänge zu erhöhen und daß deshalb eigentlich gar kein Grund zu irgendwelchen Eifersüchteleien vorhanden war, die eines Austrages mit den Waffen bedurften. Aber in der Statistik kann man ja nie mit den bloßen Ziffern etwas anfangen, oder man kann auch umgekehrt sagen, daß man in der Statistik mit bloßen Ziffern alles beweisen kann. Es kommt stets auf die Bergfiederung der Zahlen an. Und wenn man die Handelsbilanz des englischen Reiches im Verhältnis zu der Deutschlands zergliedert, so kommt man allerdings zu recht eigenartigen Resultaten. Die eminente technisch-industrielle Entwicklung Deutschlands hat dessen Ausfuhr in Fertigfabrikaten dauernd gesteigert. Die deutsche Industrie hat die früher weltbeherrschende englische Industrie schon seit langem in den Hintergrund gedrängt. Bereits vor Jahren war diese Gefahr in England erkannt worden und es ist ja allgemein bekannt, daß England versuchte, diese Gefahr durch Aufrüttelung seiner eigenen Industrien und auch seiner Konsumenten zu bannen. Es ordnete durch Gesetze an, daß alle deutsche Waren mit dem Stempel „Made in Germany“ versehen werden mußten. Gerade dieser Stempel hat aber die Gefahr nicht etwa beseitigt, sondern hat im Gegenteil in der ganzen Welt, wohin durch Englands Vermittlung deutsche Waren mit diesem Stempel verkauft wurden, das Ansehen und die Macht der deutschen Industrie gestärkt. So war das Wachsen der Ziffern der englischen Handelsbilanz zum Teil darauf zurückzuführen, daß England in immer stärkerem Maße einfach der Agent für deutsche Waren in der Ausfuhr und der Agent für den Einkauf fremder Rohstoffe von Deutschland in der Einfuhr geworden war. Aus diesen Gründen, nicht bloß aus politischen Machtbestrebungen heraus entstand in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts die Idee des englischen Imperiums von neuem und stärker als je zuvor. Joe Chamberlain, einer der größten Staatsmänner, die vor Lloyd George das Britenreich befaß, hatte klar erkannt, daß England, um der deutschen Gefahr wirklich Herr zu werden, vom Freihandel zum Schutz-zoll übergehen müsse. Seine Idee war es, die gesamten englischen Kolonien mit dem Mutterlande zusammen in einem riesenhaften Zollverbande zusammenzufassen. Die Idee Chamberlains war zweifellos richtig. Es kommt stets der Tag, wo ein Land seine wirtschaftliche Position an ein anderes zu verlieren. Es muß sie dann verteidigen — und ein Land kann seine wirtschaftliche Stellung auf zweierlei Weise verteidigen: Entweder durch Zölle oder durch Kanonen. Wenn es verabsäumt, zur rechten Zeit Zölle einzuführen, so wird es später in Kriege verwickelt werden. Es ist sicher kein Zufall, daß der Weltkrieg von England gefördert und

erklärt werden mußte unter einem liberalen Kabinett, d. h. unter der Herrschaft des Ausschusses derjenigen Partei, die in England stets für den Freihandel und gegen den Schutz-zoll agitiert und die auch letzten Endes Joe Chamberlains stolze imperialistische Pläne zu Fall gebracht hatte.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkte das handelspolitische Verhältnis zwischen England und Deutschland, so wird man begreifen können, warum England diesen Krieg führen mußte. Deutschland, das aufstrebende, zukunftsreiche Industrieland, brauchte wahrhaftig diesen Krieg nicht. Denn es durfte ja zuversichtlich hoffen, nach dem ehernen Lebensgesetz, demzufolge die Jungen länger leben als die Alten, die Konkurrenz zu überwinden. Es befand sich in der Lage eines glücklichen Erben, der sich mit dem zukünftigen Erbschaftsvertrag vertragen kann. Aber England wollte sich von Deutschland nicht beerben lassen und es wollte sich deshalb auch nicht mit Deutschland vertragen.

Dort liegt der tiefste Grund des Krieges und auch die tiefste Schuld. Wir als Deutsche haben insofern keine Schuld am Weltkriege, weil niemand diesen Krieg gewollt hat, — nur ein Wahnsinniger hätte den Dreikontinentkrieg wollen können, — aber Schuld am Kriege hat Deutschland und zwar nicht nur in seiner Regierung, sondern auch in den berechtigten Schichten seiner Bevölkerung, indem es das Wort dieses auf seine neue Wahr machte: „Mehr als die Hälfte der Kriege, welche geführt wurden, sind durch große Staatsfehler der Angegriffenen, welche dem Angreifer die Hoffnung eines glücklichen Erfolges gaben, entstanden und sie wären unterblieben, wenn jene Staatsfehler unterblieben wären.“

Das geringe nationale Gefühl der Selbst-erhaltung im deutschen Volke ist die tragische Schuld Deutschlands am Weltkriege. Die konnten wir denn glauben, nur mit Kurapatritismus, der morgen verpufft, was er heute andert oder mit feinen Mordgeheimnissen und Staatsgeheimnissen, die uns selbst auf eine Herabwürdigung eines nationalen deutschen Gefühls hinauszielen, zu bestehen vor Völkern, wie Engländern, die in jahrhundertelanger tätiger Geschichte die feinsten Verfassungen und feinsten Einrichtungen eines jeden anderen europäischen Volkes kennen und abwägen gelernt hatten? Wir traten als Volk mit den so geringen Selbstbehaltungstrieb einem Volk von ausgeprägter Selbsterhaltung gegenüber. Und wenn wir trotzdem über vier Jahre dem Ansturm einer ganzen Welt stand halten konnten, dann zeugt das von einer Unsumme moralischer Kräfte in der deutschen Volkseele, die es unüberwindlich gemacht hätten, wenn in vierzigjähriger Friedensarbeit diese moralischen Kräfte zum selbstverständlichen bewußten Eigentum des deutschen Volkes gemacht worden wären. Daran hat es gefehlt. Und das hat letzten Endes den Zusammenbruch verschuldet, den wir in seiner Riesengröße mit erleben.

Selbstverständnis haben Wucher, schlechte Lebensmittelversorgung, der Kampf um die Wahlrechtsfrage usw. am Zusammenbruch mitgearbeitet, aber alles läuft doch auch wieder auf den geringen nationalen Selbsterhaltungstrieb hinaus. Eine Regierung — und wir haben während des Krieges keine Regierung voll Großzügigkeit gehabt — die das Interesse für einzelne Stände oder für Personen über das Gesamtinteresse stellt, hat mit drakonischen brutalen Maßnahmen nur auf Erfüllung der allgemeinen Lebensnotwendigkeiten hin-zudrängen (z. B. gegen Wucher, Schieber) arbeitet nicht auf eine Stärkung der völkischen Selbsterhaltung hin und darin liegt auch ihr Teil Schuld am Zusammenbruch Deutschlands. Es hat keinen Zweck, da die Augen zu verschließen und den Kopf in den Sand zu stecken, wie der Vogel Strauß. Es muß gesagt werden, was ist, damit der größte deutsche Nationalfehler in Zukunft, wenn auch nicht weggeblüht, so doch erheblich herabgemindert wird. (Schluß folgt.)

Handwerkerlöhne

Eine am 27. Oktober im Lokale Kremmer in Stolberg vom örtlichen Metallarbeiterverbande einberufene Versammlung der Metallhandwerker befaßte sich eingehend mit den gegenwärtigen Lohnverhältnissen der Metallhandwerker, Maschinenisten und Heizer. Nach einwandsfreiem Material wurde festgestellt, daß die Lohnverhältnisse dieser Arbeitergruppen außer der üblichen Feuerungszulage, die meistens sehr gering ist, während des Krieges im Industriebezirk Stolberg fast gar keine Veränderung erfahren haben. Der höchste Stundenlohn beträgt auf der Stahlhütte Münsterbusch ohne Feuerungszulage für Dreher 65 Pfg., für Schlosser 72 Pfg., für Schmiede 70 Pfg., für Schweißer 60 Pfg., Elektromonteur 80 Pfg., Modellgeschleimer 60 Pfg. Auf der Stahlhütte Blasfeldhammer werden folgende Stundenlöhne bezahlt: für Dreher 60 Pfg., Schlosser 60 Pfg., Schweißer 57 Pfg., Maschinenisten 60 Pfg. Es sind dieses die höchsten Löhne. Das Werk zahlt 35-40 Prozent Feuerungszulage. Auf der chemischen Fabrik Rheinania verdienen nach Erhebungen vom Monat September d. J. die Handwerker einen durchschnittlichen Stundenlohn: Beheratete 64, Ledige 51 Pfg. Tatsächlicher Lohn einschließlich der Zulagen ohne Kinderzulage: Beheratete 86 Pfg., Ledige 66 Pfg., Maschinenisten und Heizer hatten einen Stundenlohn von 67 und ein tatsächlicher Lohn von 78 Pfg.

Als Kinderzulage bezahlt das Werk pro Kind unter 14 Jahren 20 Pfg. pro Schicht. Die Löhne auf den anderen Werken went flens soweit die Hülsenwerke in Frage kommen, stehen den angeführten gleich.

Es gibt wohl kaum einen Industriebezirk, wo die Löhne der Metallhandwerker so niedrig stehen, wie im Industriebezirk Stolberg. In der Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß die Arbeit der Handwerker auf den hiesigen Werken zum allergrößten Teil aus Reparaturarbeit besteht. Diese Reparaturarbeit ist nicht nur eine sehr schmutzige und schwere, sondern auch eine sehr gesundheitschädliche. Aus-selbst diese Handwerker bedeutend mehr dem Arbeiterverhältnis unterworfen, als dieses in der Maschinen- und sonstigen Metallindustrie der Fall wäre, dieses trifft ganz besonders in der Hütte, Blei- und chemischen Industrie zu, durch die ständige Arbeit in Säurebetrieben, wodurch auch die Arbeit viel gesundheitschädlicher ist. Alle diese Gründe bewiesen zur Genüge, daß die Lohnverhältnisse, weder der Zeit noch der Arbeit entsprechen. Weiter wurde darüber Klage geführt, daß die Handwerker bei Lohnforderungen ständig auf andere Werke verwiesen würden, wo auch die Löhne nicht höher seien. Dazu ist zu bemerken, daß es bei der Beurteilung der Lohnfrage nicht darauf ankommt, ob dieses oder jenes Werk mehr oder weniger bezahlt, sondern es kommt einzig und allein in Frage, was der betreffende Handwerker zur Unterhaltung seines Lebensunterhaltes und zur Aufrechterhaltung seiner Arbeitskraft notwendig hat. Diese Hinweise von den Arbeitgebern sollen aber auch den Handwerkern, Maschinenisten und Heizer zeigen, daß nur durch gemeinsames Handeln aller in der Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können. In diesem Sinne fand folgende Entschließung einstimmige Annahme.

Entschließung

Die am 27. Oktober im Lokale Kremmer in Stolberg stattgehabte Versammlung der Metallhandwerker, Maschinenisten und Heizer des Industriebezirks Stolberg befaßte sich eingehend mit den Lohnverhältnissen dieser Arbeitergruppen. Nach reiflicher und einwandsfreier Prüfung der Lohnfrage hat sich ergeben, daß die Löhne der Metallhandwerker, Maschinenisten und Heizer in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung des Handwerkers, viel weniger zu den enormen Anforderungen an das heutige Einkommen steht. Die Lohnaufbesserung liegt sowohl im Interesse der Industrie, als des Handwerkers, denn nur ein Handwerker, der das Handwerk ein zeitgemäßes Einkommen ermbiligt, kann einem Werk und der Arbeit das notwendige Interesse entgegen bringen. Die Versammlung erklärt mit allen ihren zu Gebote stehenden Mitteln an der Verbesserung der Lohnverhältnisse zu arbeiten und empfiehlt zu diesem Zweck allen Handwerkern, Maschinenisten und Heizer den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation, zum örtlichen Metallarbeiterverband, weil dieses zur Erreichung dieses Zieles eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Das Recht der Organisation im neuen Deutschland

Der Tarifvertrag ist ein Massenvertrag. Der allgemeine Koalitionsrechtsschutz, der auf die individuellen Rechtsbeziehungen zugeschnitten ist, ist daher für ihn unzulänglich. Aus diesem Grunde müssen die Koalitionen als organisatorische Einheiten dazu berufen werden, in erster Linie den Tarifvertrag rechtlich zu sichern. Einer solchen Funktion der Selbstorganisation der Koalitionen steht der Paragraph 153 Abs. 2 der Gewerbeordnung, der bestimmt, daß die Mitglieder einer Koalition nicht zur Zahlung von Beiträgen und Strafen verpflichtet werden können, entgegen. Der Tarifvertrag verlangt aber in seiner Durchführung die Einmütigkeit der Koalition auf ihre Mitglieder. Deshalb ist der Paragraph 153 Abs. 2 der G.O. zu streichen. Mit seiner Beseitigung ist für alle Koalitionen in Tarifangelegenheiten ein gleicher Rechtsboden für die innere Koalitionsbindung erreicht.

Wenn das Recht die Koalition zu einem Organ sozialer Selbstbestimmung erhebt, so muß der Gesetzgeber auch ermöglichen sein, die sich daraus ergebende Konsequenz zu ziehen, nämlich die Freiheit, sich zu koalitionen, zu einem unzulässigen baren Persönlichkeitsrecht zu erheben. Dies hätte er geschehen durch Einbeziehung der Koalitionsfreiheit in den Kreis der durch Paragraph 823 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches geschützten Rechte. Der erwähnte Paragraph lautet: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines Anderen widerrechtlich verletzt, ist dem Anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“ Die gleiche Bestimmung trifft denjenigen, welcher dem Leben, dem Körper eines Anderen erhebendes Verlesen verursacht, nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses, ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.“

Was die Koalitionskampfbildung angeht, so muß auch noch für den Gesetzgeber der Grundgedanke des Koalitionsrechtes, nämlich die Selbstbestimmung der Koalition, beachtet werden.

sein. Offenbleibt nur die Frage, ob die Grundzüge, die das Reichsgericht aus Par. 826 B.G.B. („Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem Anderen vorzüglich Schaden zufügt, ist dem Anderen zum Erfasse des Schadens verpflichtet“) für die Koalitionskampfbewertung entwickelt, unabweislich sind und ob der Gesetzgeber nicht an die Stelle dieser Grundzüge feste Normen setzen soll. Die vom Reichsgericht aus dem Par. 826 entwickelten Grundzüge sind gewiß von einem feinen stiltlichen Empfinden erfüllt, aber eine Frage ist, ob nicht einer konkreteren Anwendung schwerwiegende Bedenken entgegenstehen. So begründet sich das Reichsgericht nicht damit, eine Koalitionskampfbewertung als unzulässig anzusehen, wenn beleidigende Behauptungen oder wissentlich falsche Angaben vorkommen, sondern läßt sie unter Umständen schon dann als unerlaubt erscheinen, wenn fahrlässige Äußerungen und Angaben vorliegen. Eine solche Praxis trägt aber nicht der Psychologie des Kampfes Rechnung, wo aufregende und geistige Worte anders gewertet werden müssen, als bei gewöhnlicher ruhiger Ueberlegung. Auch trifft eine solche Rechtsprechung die Arbeiter ungleich härter als die Arbeitgeber.

Noch bedenklicher ist aber die Bevormundung der Koalitionskampfbewertungen durch das Reichsgericht durch die Auffassung, daß der Zweck solcher Handlungen objektiv auf seine Angemessenheit durch den Richter nachzuprüfen sei. z. B. ob der Kampf um die Befestigung der Heimarbeit, die Anerkennung der Arbeiterorganisation und des Arbeitsnachweises als erlaubt anzunehmen sei. Damit wird dem Richter zugesetzt, in Bedränge der Geschäfte Probleme zu lösen, um die sich oft noch vergebens die Wissenschaft müht und deren Lösung nicht etwa von objektiven Maßstäben abhängt, sondern von Werturteilen und von Willensentscheidungen.

Diese Bevormundung gefährdet vor allem die Freiheit der Tarifbewegung. Denn diese bezieht sich gerade mit Fragen, die lebhaft umstritten sind, und die die staatliche Gesetzgebung noch keineswegs für dringlich betrachtet. Die Bewertung der auf den Tarifvertrag bezüglichen Vorschriften liegt aber darin, daß sie auf sozialem Wege für bestimmte Zwecke Fragen zu lösen suchen, die der Gesetzgeber nicht lösen kann oder will. Trifft ihnen der Gesetzgeber in den Weg, so unterbindet er eine Pionierarbeit, die sich bisher in glücklicher Weise entwickelt hat und als Element des Fortschritts nicht entbehrt werden kann. Schließlich erscheint es bedenklich, wenn das Reichsgericht die Grenze einer zulässigen Kampfbewertung in der Möglichkeit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Gegners erblickt. Nicht alles aber, was heute eine wirtschaftliche Gefahr hat, hat ein Recht darauf, Betriebe, die z. B. nur in den Formen krasser Ausbeutung existieren können, haben sozial besseren Formen Platz zu machen. Hier vorliegende Bedenken können dadurch beseitigt werden, daß der Gesetzgeber einfach bestimmt, daß aus dem Zweck einer Koalitionsbewertung nur dann ein Anspruch auf unerlaubter Handlung hergeleitet werden kann, wenn dieser Zweck gegen ein gesetzliches Verbot verstößt.

Für das Recht zur Koalitionsbewertung bilden ein Hindernis die verschiedenen Polizeiverordnungen zur Regelung des Streikens sowie die Anerkennung der Befugnis des Streikloshaltens. Diese sind die Schranken vor jeder politischen Maßnahme, die daher hier zu fordern.

Endlich verlangt das Gebot der Kampfvorgang, durch öffentliches Recht Mittel und Wege zu eröffnen, die zu der durch den Koalitionskampf angeführten höheren sozialen Ordnung führen, ohne daß ein Kampf zu ihrer Erreichung notwendig ist. Diese Aufgabe wird nach dem Kriege eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Denn der soziale und wirtschaftliche Zustand wird dann intensive Entwicklung und Steigerung aller produktiven Kräfte erforderlich machen. Zu diesem Zweck wird es notwendig sein, zunächst das Arbeitervertragswesen rechtlich auszubauen und zwar in einer Weise, die seinem sozialen Sinn gerecht wird.

Zweitens: Tarifverträge haben nur Geltung für die Tarifbetriebe. Und doch ist die Tendenz der meisten Tarifverträge darauf gerichtet, auch diejenigen Betriebe und Arbeiter dem Tarifvertrag zu unterwerfen, die dem betriebsfremden Charakter angehören, aber an dem Tarifvertrag nicht beteiligt sind. Es ist daher bedauerlich, daß die Geltungsbereich eines Tarifvertrages über den Vertragsbereich hinaus zu erweitern. Dies würde durch Bestimmungen geschaffen werden, welche die Aufgabe haben, den Fall zu regeln, die Zuständigkeit der einzelnen Tarifverträge zu prüfen

Hilfsarbeit in der Munitionsfabrik.

Ja, die anderen — die haben nicht eine Woche lang die Arbeit überlassen nur im Dunkel, und nichts sonst von ihr, wie ich es im Winter erlebte, als ich um 1/4 nach 5 Uhr aus dem Hause ging und es frühstens ein 1/4, um 7 Uhr abends wieder heim — eine Woche lang lag nur Dunkelheit über der anderen Welt! — Sie war weggefallen; und die Mühseligkeit zeigte den Bräunten nur die Arbeit. Ja, die anderen konnten schlafen, sitzen, — wir hatten 10 Stunden Arbeit, in der Nachtzeit nur mit einer „Mittagspause“ (gegen 11 Uhr). Denn, so gut es war mit dem Essen ging — und das war absolute Lebensnotwendigkeit — so heimtückisch wurde das Einschlafen verhindert. Denn die Luft, noch weicher aus der Luftschicht der Munitionsarbeit nicht gleich wieder in die Dunkelheit des Schlafes zu versinken, war zu groß und auch das zu Erledigende fast die paar Arbeitstunden in die Hände weg, ganz abgesehen von der körperlichen Ermüdung, die die Gesundheit verlor. So nahm man mit dem Schlafen nicht so genau, wie es nach der großen körperlichen Ermüdung wohl nötig gewesen wäre, — aber es ging, denn dem nächsten Essen und der Ruhe — fast aller notwendigen Bedürfnisse. Denn bei Ermüdung war, daß wir geistig erkrankten Frauen gesundheitlich zuwider die geschäftliche angelegte körperliche Arbeit ständig zuwider — freizeiten und die — so haben wir zum Schluß der Kontrollarbeiten Erleichterung noch den einen Wochen aus. Das vollständige Erschlaffen und Schlaf — für den geschäftlichen Menschen das höchste und auf die Dauer unzulässige Opfer, — was keine Freude überhört. Mühselig, die bei den meisten sich durch all die Monate hielt. Man verlor eben immer noch viel mehr, als man so glaubt, und sollte nicht unruhig darüber mit sich sein; der Gedanke, daß alles Unangenehme geht zu sein, einmal zum Beispiel, ist nicht ohne alle Bedeutung im einzelnen. Selbst die ist es für junge Frauen immerhin ungewöhnlich, wenn

und die vorgesehene Erweiterung des Vertrages zu verordnen. Als solche Einrichtungen können die Arbeitskammern in Betracht.

Drittens müssen Stellen geschaffen werden, die es ermöglichen, daß Kampfbewertungen entstehen. Der Einbau solcher Stellen in die Arbeitsverfassung ist durch das Hilfsdienstgesetz vorbereitet worden. Die von ihm geschaffenen Arbeitsausschüsse und Schlichtungsstellen sind beizubehalten und fortzubilden. Schließlich ist viertens Vorsorge zu treffen, daß nach der Entstehung von Kämpfen besser als bisher eine Einigung der streikenden Parteien möglich ist. Es handelt sich hier darum, das Einigungswesen zu befestigen und mit der Spitze eines Reichsausschusses mit Verhandlungszwang.

Die hier zum Koalitionszwang als Problem der Gesetzgebung aufgestellten Forderungen bewegen sich, wie eine nähere Betrachtung zeigt, in einem durchaus logischen Aufbau. Sie streben dem Ziele zu, eine höhere soziale Ordnung im neuen Deutschland aufzubauen und die Mittel zur Sicherung dieses Zweckes bereitzustellen. Ihre Verwirklichung sollte nach dem Kriege nicht länger wie nötig hinausgeschoben werden. Zumal wir es hier nicht mit einer, die Volkswirtschaft mit besonderen Kosten beschwerenden Sozialpolitik zu tun haben, sondern mit einer solchen, gegen die der Einwand einer Verletzung unserer Volkswirtschaft und einer Hemmung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wohl kaum erhoben werden kann.

Politische Freiheit — wirtschaftliche Gebundenheit.

Unter dieser Ueberschrift schrieb die führende liberale „Saarbräcker Zeitung“ in ihrem Leitartikel der Nr. 278 u. a. folgendes:

„Was soll und darf bei der jetzt einsetzenden „Reorientierung“ nicht übersehen werden. Wohl schreie sich die breite Masse des deutschen Volkes, Arbeiter und Angestellte, nach politischer Gleichberechtigung und hat die Befähigung dazu sowohl brauchen auf dem Schlachtfelde, wie im Innern glänzend erweisen. Neben dieser politischen Freiheit ist aber auch die Frage der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung nicht minder brennend. Politische Freiheit und wirtschaftliche Gebundenheit, diese beiden Extreme lassen sich nicht im neuen Deutschland vereinigen. Leider sind erst in letzter Stunde, die wir zu spät, die Kreise der Konterrevolution wie der Schwerindustrie in der politischen Frage einig geworden, nachdem sie das Vertrauen der Masse verloren haben. Goffen wir, daß derselbe Fehler auf dem ebenfalls wichtigen wirtschaftlichen Gebiete vermieden wird. Schließlich wird doch nicht die Lage so, wie sie sich in Wirklichkeit bietet. Kein verständiger Mensch verkennt die Bedeutung unserer Industrie, besonders unserer Schwerindustrie für die gänzliche Entwicklung unserer deutschen Vaterlandes. Im Gegenteil! Andererseits darf aber auch die Bedeutung der Millionen von Arbeitern nicht verkannt werden, die durch ihrer Hände Arbeit in harter, entbehrungsreicher Tätigkeit schon im Frieden mit zu dieser glänzenden Entwicklung beigetragen haben. Besonders aber während des Krieges haben sie das deutsche Volk unserer Väter draußen an der Front befähigt, einer Welt von Feinden die Stirn zu bieten.“

Der intelligente Arbeiter der Handarbeit, sondern ein wertvoller Bestandteil des Staates, der wichtigste Träger unserer Volkswirtschaft. Dieser Stand ringt und kämpft um wirtschaftliche Gleichberechtigung. Mit Recht nimmt sich der Übergang der Schwerindustrie gegen eine Verstaatlichung, die wie die politische auch nicht mehr aufzuhalten ist. So wie wir den Reichstagswahlen unserer Feinde auf politischem Gebiete durch ein politisches geeintes Volk zu brechen wissen, so kann die wirtschaftliche Herrschaft nur durch gemeinsame Arbeit von Unternehmern und Arbeitern gerade im Bereich der Schwerindustrie, dem Rückgrat des deutschen Wirtschaftslebens, gesichert werden. Ziel zu wenig wird in der Öffentlichkeit dieser Frage die ihr zukommende Aufmerksamkeit zuteil.

in Schweißarbeit auf der Landstraße sich vorwärtszukämpfen, die nicht hindern auf das liegende Metall gebast im Brausen des Maschinenlaufs zu sehen, aber für verdorbene Hände jede Stunde lang hinter in kalten Eisenfüßen zu wühlen und zu verharren, was der fast unüberwindlichen Schwere der Angehöriger und tüchtigen Stellen nicht zu reden. Auf unsere Hände kam die Arbeit — mit neuerlicher, denn auch ganzlicher Schweißarbeit — wir würden nicht zucken! Aber — wir hatten zu, mit jedem Schritt in politische Bedenke Werkzeuge und schwebendes Metallwerkzeug, und liegen sofort in der Klemme. Die denn Energie und geistige Intelligenz hier erleben können. Das Verhältnis zu den Arbeitern war damals freundschaftlich, die vielgeplagten Frauen haben ihre kostbare Zeit mit Geduld und Besorgnis den Kindern zugebracht. Dafür freuten sie sich nun, daß ihr auch dabei waren! — eine Art höherer Weise die Arbeit, — und konzentriert mit tiefer Beschäftigung, daß wir uns eben selbstig waren wie sie. Das lag sich in der Tat nicht vermeiden — und alles das was in der Arbeitzeit angesetzt wurde, wurde konzentriert, vom Kolonnen bis zum Einzelarbeiter. Aber es war die Spur echter Arbeit, und so lernten wir auch die oft gemachten Erfahrungen der Arbeiter und Arbeiterinnen anzufassen und begriffen. Im übrigen lohnte das Gefühl, dem Vaterländischen Volk gezeigt zu sein und wichtige Einsätze in die Reihenfolge zu gewinnen, unter denen Willen in Europa leben! Und jedes waren unsere Panzen im Gefolge oder der Kanon und vor allem der Sonntag von einer Sonntagsgenossenschaft erfüllt, die nur der kann, der sich vorher in göttlich angeordnet hat. Himmel, das Glück eines freudigen Sonntags, weil gar einer Reihe von Feiertagen, die bei Schweißarbeit! Die ganze Welt gefüllt einen! —

Besonders wichtig war unsere unbesorgene Stellung, als Einzelnde, aber nicht als Arbeiterin mit dem eingeborgten Mitarbeiter gegenüber der Fabrikation. Wir trafen unsere Beobachtungen der Maschinen aus, den höheren Fabrikanten mit, die sich dadurch sehr freundlich zeigten; sie wurden, als von keiner Partei kommend, langjährig in Er-

Der Arbeiter; der seit Jahren draußen kämpft und blutet, verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Vorgänge gerade auf diesem Gebiete. Er versteht es nicht, daß es noch heute Industriekapitane gibt, deren Eigentum er doch mit verteiligt, die es aber ablehnen, die Arbeiter ihres Betriebes und ihre Betriebe als wirtschaftlich gleichberechtigte Kontrahenten anzusehen. Er findet es unbegreiflich und unfassbar, daß er wieder in diese Verhältnisse zurückfallen soll, da er doch glaubt, bei seiner Rückkehr ein neues Deutschland auch auf diesem Gebiete vorzufinden. Er, der draußen übermenschlich gekämpft und gekämpft, er würde es nicht verstehen, bei seiner Rückkehr noch wirtschaftliche Maßnahme anzusehen, die zu meiden für beide Teile nur vorteilhaft wäre. Heute, wo es die Zukunft des gesamten deutschen Volkes gilt, ist kein Raum mehr für ein überlebtes System, auf wirtschaftlichem ebensoviele wie auf politischem Gebiet. Die Not und die Sorge um das Vaterland verlangen gebieterisch das Aufgeben eines jeden Sonderrechtes, sie erfordern die Zusammenfassung aller Kräfte unter Anerkennung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und damit auch des Arbeiterstandes.

Möge die Sozialistische Bewegung des deutschen Volkes auch die Gebietsfrage des neuen Deutschlands auf diesem Gebiete werden.“

Diese Ausführungen sind angesehen von den in dem betr. Artikel schon gemachten Einschränkungen leider nur zu wahr. Schon oft haben wir in unserem Verbandsorgan darauf hingewiesen, daß die Spannung, wie sie nun leider auch zu unserm Bedauern zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft besonders im Bereich der Schwerindustrie besteht, die Hauptursache nicht so sehr auf dem Gebiete der Lohnfrage hat (obwohl auch dieser Punkt nicht unbedeutend) sondern in der fehlenden Anerkennung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen als gleichberechtigter Kontrahent bei Regelung des Lohns und Arbeitsverhältnisses. Dieser Zustand des einseitigen „Verrats im Hause“ Standpunkt soll und muß verabschiedet werden, die Folgen dieses entsetzlichen Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete endlich beseitigen. Nun wäre es aber durchaus verfehlt, immer nur auf die Gegenwart zu schauen. Die Frage liegt zu nahe, was die Arbeiterschaft selbst auf diesem Gebiete getan hat, um die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erlangen. Bei der Aufstellung dieser „Schlußfrage“ kann nun einem großen Teil der Arbeiterschaft der Vorwurf nicht erbracht werden, daß sie zur Befestigung eines an und für sich unhaltbaren Zustandes aber auch gar nichts getan hat. Wohl wurde geahnt und organisiert oder den elendig gangbaren Weg, die Stärkung der Organisation hat man nicht beschritten. Wohl ist es auf diesem Gebiete während des Krieges besser geworden. Die Millionen zählt aber noch die Zahl der Unorganisierten, die abseits stehen in dem Systemkampf der Arbeiterschaft. Die meisten sich das eine zu spät sein lassen: Wohl ist die politische Freiheit des Arbeiters ein hochbedeutendes Ziel, an dessen Erreichung die wirtschaftliche Gleichberechtigung seit Jahren, nicht nur in der letzten Zeit, taufällig mitgegangen hat. Ausdrücklich auf wirtschaftlichem Gebiet ist der erreichte Zustand nicht. Im Eringen der wirtschaftlichen Freiheit, des Mitbestimmungsrechtes gehört eine starke Organisation mit starken Kassen, die durch ihr Wirken und ihre Stärkung dem Arbeiter das Mittelzeug für diesen maßgebend einsetzenden wirtschaftlichen Entscheidungsfeld bereit. Pflicht der organisierten Kollegen aber ist es, diese Gedanken immer wieder den Unorganisierten auch auf der Arbeitstelle (trotz des dadurch mancher Kriegsamtstelle und ihren Freunden in der Schwerindustrie verursachten Unbehagens) vorzuhalten. Heute mehr wie je gilt es an der Stärkung anderer Verbände zu arbeiten, auf finanziellem Gebiete sowie bei der Sicherung der Mitgliederzahlen. Dann erst wird es uns auch in der Metallindustrie möglich sein, neben der politischen Freiheit, die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erlangen.

Rundschau.

Die Größlich-nationale Arbeiterschaft an der Kaiser

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der Größlich-nationalen Arbeiterschaften Deutschlands, der am 29. und 30. Oktober in Duisburg tagte, sandte folgendes Telegramm an den Kaiser:

wägung gezogen. So dient die Beobachtung an einer Maschine, daß die Frauen trotz rasender Arbeit mit dem Akkordlohn weniger verdienen, als z. B. eine junge angelesene Studentin an einer anderen, zur Verbesserung des Akkordlohnes an dieser betreffenden Maschine. So des unbilligsten Ungerechtigkeiten — die ja nur die Praxis ausdehnt — ausgeglichen werden konnten. So hat auch unser Monarch bei den recht häufigen, wenn auch fast immer harmlosen Augenverletzungen, zu größtem Schutze geführt. Wir konnten trefflich als Hindernis dienen zwischen eigentlicher Fabrikbevölkerung und Direktorium. Ein sehr wichtiges und ersprießliches Hindernis ist die Fabrikpflegerin; dieses Amt kann gar nicht richtig genug genommen werden. Sie ist sozusagen der einzige persönliche Faktor im unheimlichen Getriebe, sie kann den Individualitäten und -Nöten mit freundlicher Anteilnahme nachgehen, belämmert Frauen trösten, nach den Kranken Kindern sehen, selbst Stiefelkammerfrauen kommen vor ihr Forum; Kräftigung der Kranken. Übernahme wichtiger Gänge und bürokratischer Scherereien, die den „Heillosen“ entweder unmöglich sind oder ihre bishigen Freizeite nehmen, — alles wurde mit dem Geiste dankbarster Erleichterung der Fabrikpflegerin anvertraut. Wie wir selbst — selber gerade als Frauen — die gebildete Schicht der Arbeiterschaft unmittelbar näher bringen konnten und zur Beteiligung werden, so ist die Fabrikpflegerin, gerade als Frau, das menschlich vermittelnde, aufs Persönliche eingehende und tröstende Element im starren Mechanismus der Fabrik. Entfesseln wir Arbeiterinnen das schon sehr wohlwollend — und dabei hatten wir es noch viel an gut, eigene Hilfsmittel, gute Unterkunft, kein bedrückendes Fluß bei dieser Arbeitsmahl, als einzige, allerdings hochgewertete Vergütung sogar einen eigenen Wack und Anleibernaum — so war diese Institution der Fabrikpflegerin noch ungleich wichtiger für die, die jahraus, jahrein vom Arbeitsmechanismus mitgeschleppt und aufgerieben so sehr „entmenscht“ Welt! Und sei es auch nur zeitweise, um ihre Pflicht zu tun im großen Ringen des Vaterlandes, um ihre Mitmenschen verstehen zu lernen.

An des Kaisers Majestät

Berlin.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft, getragen von dem besten Bestreben, auf der Grundlage eines lebensfähigen Christentums, starken Gemeinnes, ausgeprägten Nationalbewußtseins und einer geläuterten Demokratie Deutschlands...

Stabsabgeordneter Behrens, Vors.

Nordwestliche Gruppe und Metallarbeiterorganisation.

Am Drängen der letzten Tage hat sich fast unbeachtet von der Öffentlichkeit eine Angelegenheit vollzogen, die für uns Metallarbeiter und im weiteren Sinne auch für das deutsche Vaterland von allergrößter Bedeutung ist.

Der 26. Oktober wird für Unternehmer und Metallarbeiter von größter Bedeutung sein, weil er die Grundlage dafür, auf der weitere Besprechungen zwischen den beiden Gruppen erfolgen können und weil durch den Verhandlungsakt die Metallarbeiterorganisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt wurden.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. November der 16. Wochentag für die Zeit vom 10.-16. November fällig.

Die Ortsgruppen Dinklage und Alten erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Lokalzuschlages von 10 Pfg.

Nachbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Antoniuskette. In der am 20. Oktober stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde von dem Delegierten Bericht vom achten Verbandstag erstattet. Er führte etwa aus: Verbandstage sind Marksteine in der Geschichte einer Organisation.

Verbandstage haben in der Hauptsache den Zweck nachzuhalten, ob die Organisation hinsichtlich Beiträge und Einrichtungen der ständig sich in Bewegung befindenden wirtschaftlichen Situation entspricht, und ob notwendige Änderungen vorzunehmen sind.

mehr stattgefunden. Doch der inzwischen eingetretenen großen Vermehrung der Mitglieder hätte die finanzielle Kraft des Verbandes insofern einen Nachteil ertragen, als die Beiträge und damit die Einnahmen des Verbandes von 1912 nach in Geltung waren, die Ausgaben für Verbandsorgan, für Postmaterial, Eisenbahnfahrt und Porto, und nicht zuletzt der Feuerungsanlagen für die Beiräte ganz gewaltig gestiegen waren.

Um diesen Dingen und den Anträgen auf Mitgliederförderung der während der Kriegszeit ermäßigten vollen Krankenunterstützung zu entsprechen, wurde vom Hauptvorstand die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung von 2 Pfg. in allen Klassen begründet.

Beschlossen wurde ab 1. Oktober eine Beitragserhöhung von 20 Pfg. in der 1. Klasse und 10 Pfg. in der 2. und 3. Klasse zu erheben. In der ersten Klasse wird dafür bei Krankheit wie Arbeitslosigkeit eine Unterstützung vom 4. Tage in Höhe von 7-13 Mark wöchentlich für die Dauer von 26 Wochen gewährt.

Wesentlich der 3. Klasse empfahl der Redner dringend, daß die Kollegen aus dieser Klasse in die 2. Klasse hinaufträten, weil bei Erkrankungs- und Arbeitslosensfällen die Wahl dieser Klasse, in welcher die Unterstühtungen nur für die Dauer von 8 bzw. 10 Wochen gewährt werden, als unzulänglich empfunden würden.

Zum Schluß besprach der Redner den Eindruck der großartig verlaufenen Tagung und der sonstigen zur Verhandlung gestandenen Punkte.

Der Verbandstag legte in einem Moment, wo sich große Ereignisse an der Front und in der Regierung vorbereiteten, wo die Feinde Deutschlands den Vernichtungswillen unserer Industrie und damit auch die Produktionskraft der deutschen Arbeiterschaft bekundeten. In diesen schicksalsschweren Stunden für unser Land und Volk heißt es aufpassen und besonnen zu zeigen, daß wir bis zum äußersten ihrem Vernichtungswillen uns widersetzen.

Unsere Kollegen, besonders hier in Oberschlesien, müssen sich aber auch mehr als christliche Gewerkschafter fühlen und das zeigen. Wir müssen uns sehr klar darüber sein, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung die materielle gottverneinende Weltanschauung vertritt, und daß wir christliche Arbeiter Berrat an unserer christlichen Ueberzeugung begehren, wenn wir dort Mitglieder werden.

Der Vorsitzende unterstrich diese Ausführungen noch kräftig und forderte die Kollegen auf, trotz aller Gegenagitation wieder eifrig die Arbeit für den Verband anzunehmen.

Finanzrat. Ein erfreulicher sozialer Akt vollzog sich am vorigen Sonntag in der hier abgehaltenen Versammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Direktion und der Arbeiterausschuß der Firma Wolf, Reiter und Jabski waren bei Erörterung der Frage über die Verkürzung der Arbeitszeit überlingenommen, in dieser Versammlung sich darüber gegenseitig auszupreden.

die Verhandlung einen recht lebhaften Verlauf, weil auch die Arbeiter in Rechte und Pflichten von beiden wie auch darüber nachgedacht aber noch offen und frei erörtert wurden. Das Ergebnis war die Festhaltung zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen und es kann nur gewünscht werden, daß hier gezeigte Beispiel weitere Nachahmung findet.

Schluss. Unsere Generalversammlung war befruchtend und sehr erfolgreich. Kollege Engel erstattete Bericht über die Generalversammlung in Dinklage. Durch die Abreise von Kollege Engel hat der Verband angenommen. 85 000 Mitglieder konnte wir haben. Wir wollen hoffen, daß die Wünsche der Arbeiter mehr berücksichtigt werden können, dem Kollege muß die Arbeiterschaft gleichberechtigt vertreten sein.

Gildesheim. In Gemeinschaft mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und Gewerkschaft S.-D. wurde am 10. September eine Lohnbewegung eingeleitet.

Seit gibt es, einmal alle Kräfte anzupacken, um auch die letzten christlichen Metallarbeiter, Arbeiterin und Lehrlinge für den Verband zu gewinnen. Hier darf nicht mehr geredet werden, sondern Taten entscheiden.

Neustadt. Vor kurzem hatte sich die christlich organisierte Arbeiterschaft unter der Leitung des Vorsitzenden Neustädter zu einer vaterländischen Kundgebung im „Neustädter Hof“ außerordentlich zahlreich eingefunden.

Nach einer kurzen Pause und dem Gesang eines Gewerkschaftsliedes sprach der zweite Redner Kollege Gewerkschaftssekretär Heurich aus Freiburg über das Thema: Die deutsche Arbeiterschaft in und nach dem Weltkriege.

Der Vorsitzende unterstrich diese Ausführungen noch kräftig und forderte die Kollegen auf, trotz aller Gegenagitation wieder eifrig die Arbeit für den Verband anzunehmen. Ein erfreulicher sozialer Akt vollzog sich am vorigen Sonntag in der hier abgehaltenen Versammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

schafft zu erfolgen, sondern auch unter dem der Verbilligung. Nach einer gefundener Vordenreform hätte damit ganz in Hand zu gehen. Der Arbeiterkampf bedürfte weiteren Ausbaues, die Arbeitervereine seien nur auf dem Wege der Selbstorganisation zu lösen. Die Arbeiter müßten durch die Organisation an der Lösung dieser Fragen mitarbeiten. — Umfassender und ständiger Vorkurs auf diesen Bahnen für seinen Vortrag. Nach dem Gesang eines vaterländischen Liedes wurde durch ein kurzes Schlussspiel des Kollegen Weiß aus Karlsruhe, der den beiden Rednern sowie Herrn Kistler, der in entgegenkommender Weise seinen Schlußbericht zur Verfügung stellte, dankte, der erhebbend verlaufene vaterländische Abend um 11 Uhr geschlossen.

Gesellschaft. Die Ortsverwaltung konnte in der 8. Quartals-Generalsversammlung wiederum von einem schönen Fortschritt berichten. 500 Neuaufnahmen im Quartal zeugen von dem Vertrauen und der Wertschätzung, welche der christliche Metallarbeiterverband auch in Vorkursen unter den in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen findet. Die Jugendklasse suchte eine weitere Zunahme von 100 Mitgliedern. Im Vereinsdienst haben zur Zeit 400 Mitglieder der Ortsverwaltung. Dem Anstieg der Mitgliederzahl entsprechend war auch die finanzielle Entwicklung eine gute. Trotzdem an Unterhaltungen insgesamt 834 Mark, davon Anwesenheitsbeitrag 640 Mark demzufolge wurden, hatten die Haupt- und Nebenkassen eine Mehrerhöhung von 1615 Mark aufzuweisen. Die Nebenkasse schloß ab mit einem Bestand von 9310 Mk. Von einem Schreiben des Schaffner Spar- und Bauvereins an die Ortsverwaltung nahm die Versammlung Kenntnis. Desgleichen von dem Ergebnis einer Besprechung, welche zwischen einer Kommission der Metallarbeiter und dem Oberbürgermeisteramt hierüber und dem Herrn Regierungspräsidenten in Tübingen stattfand, betreffs der zur Zeit zur Vertretung kommenden geringen Nahrungsmittelpreisen. Unangenehm erkannte die Generalsversammlung die umfangreiche Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes auf allen dem Arbeiterinteresse dienenden Gebieten an und freute sich über die erlangten Erfolge. Die ein Vorwort zum weiteren treuen Bestreben der christlichen Metallarbeiterverband sei und dessen Ausbreitung zum Wohle aller Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen stets zu fördern sei. Nachdem die Versammlung der versprochenen und gehaltenen Kollegen ehrend gedacht hatte, ergriff Bezirksleiter Kollege Kistler das Wort zu seinem Vortrag: „Deutschlands Schicksalstunde“.

Redner zog zunächst einen Vergleich zwischen den Jahren 1813-1815 und unserer jetzigen Zeitperiode und kam zu dem Schluß, wenn auch unsere Kriegsgegner es wollten, es könne und dürfe ein 70 Millionen Volk sich nicht aus der Geschichte und der Zukunft verdrängen lassen. Der Eingang des Krieges als auch sein Ausgange mit den maßlosen Überforderungen und Bedingungen Englands und Frankreichs beweisen, daß der Kriegszustand in der wirtschaftlichen und politischen Erniedrigung Deutschlands liegt. Wie ruhmvoll, aber auch wie armutsvoll steht die Geschichte des deutschen Reiches geschrieben, angefangen bei Karl dem Großen bis zum Jahre 1870. Deutschlands Nationalfehler „auseinandergehenden Beziehungen zu folgen“, im Gegensatz zu England und Frankreich, wo das nationale Bewußtsein stets in „einigen Beziehungen gefördert worden sei“. Welch eine herrliche Zeit des Aufstieges, als Napoleon niedergeworren worden war und tüchtige Männer das Geißel des Volkes in die Hand genommen hatten. Groß war zwar die Armut des Volkes nach der napoleonischen Zeit, besonders in Deutschland. Deutschland war wie so oft der Zummelpunkt der feindlichen Horden und Heere gewesen. Doch der hohe Wille zum Aufstieg ließ bessere Zeiten reifen und so wuchs nach und nach das Wohl des Volkes. Deutschland wuchs wirtschaftlich und politisch. Der Norddeutsche Bund eröffnet die Einigkeit, die 1870 geschlossen wurde. Mittlerweile hatte Bismarck im Jahre 1864 den so notwendigen Ausgange zum Meer geschaffen, dem 1866 Deutschlands Vorkriegszustand im Mittelmeer folgt. Im Innern wuchs sich dann besonders nach 1873 der große wirtschaftliche Aufschwung zum Leidwesen unserer jetzigen Kriegsgegner. Über was in all dieser Zeit der Aufstieg in Deutschland unterlassen wurde, woran es fehlte, war, was fand den „Menschen“ nicht. Zwar wurde großzügige Mittelstände, Handwerker- und auch besonders Arbeiterfürsorge vom Staat in Angriff genommen und gefördert, aber man gab dem Volke keine Rechte und konnte, besonders dem Arbeiterstand gegenüber keine Mitbestimmung, keine Anerkennung, keine Gleichberechtigung. Es war alljährlich fürsorge gegenüber zu wenig Recht vorhanden. Diese fürsorge und deutsche Ordnung und Besten geben selbst Oberbürgermeister und Reichsminister bezuglich der in Amerika eingewanderten Arbeiter dort in Cleveland, Ohio, in einer Versammlung das Wort zu sprechen: „Statt der Freiheitskämpfer sollte ich haben von Napoleon ein Bollwerk mit dem Knüttel stehen, dann wüßte der Einwanderer, was ihm in Amerika blüht.“ Wenn in den verschiedenen Jahrzehnten, so sehr der Redner fort, in Deutschland das Volkrecht so wenig zu Hause war, so trägt hierin zu einem großen Teil auch die Arbeiterkassen selbst die Schuld. Wie viele fanden bisher den Anstoß an die Standesorganisationen? Wie viele waren bisher tätig zur Förderung und größeren Beschäftigung für den Arbeiterstand? Alle Glieder des Standes wollen teilnehmen am Aufstieg und den Ertragssteigerungen. Das bedingt aber auch eine größere Anteilnahme an der Standesarbeit und der gewerkschaftlichen Organisation.

Hoffen und Glauben ist das Signum des deutschen Volkes in der Gegenwart. Fort ist der Geist, der noch zur Zeit der Romerkämpfe hier und dort verweilt. Wenn das Land konnte so nur, Kraft der halben Jahrhunderte, der Verdunstung aller Verkommenheit und der Unterwürigkeit der Gegner in Überwindung der eigenen Kräfte. Die Behandlung der Reichsregierung ist ein sprechender Beleg. Doch nun wird, es erwartet es das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit, das Gedächtnis aller Geschehnisse an der Hand geführt. In der Volksgemeinschaft hat Deutschland Männer, die es wolle Vertrauen schenken und jenseits weg, sein zukünftiges Gesicht in die Hand gelegt. Das Aufwachen der Arbeiter, das Aufwachen der Arbeiter im Interesse von Herz und Kopf habe erschütternde auch seinen Ausdruck in der Tatsache, daß unzweifelhaft auch der Arbeiterstand und die Arbeiterorganisationen der Metallindustrie zu gemeinschaftlicher Verhandlung mit Vertretern der gewerkschaftlichen Verbände zusammen gekommen seien. So nimmt Deutschlands „industrielle Revolution“ einen in allen Teilen gegenwärtigen Fortschritt, wenn allerorts Verhandlung und Vertrauen der Führung gegeben wird. Nicht die „Straße“, nicht die „Hölle“

was das dort in Deutschland den Arbeiter überbringen, denn das wäre der Lohn, wie es Land für Land, was selbst der gefällige Fährte der Arbeiter gegenständig bestritten mit den Worten: „Es ist keine Demagogie, die in England herrscht, sondern Ethik.“ Dem Kaiser gebührt Dank für seine Vorkursen, die er seinem Volke zuteil werden ließ. Deutschland mag sich diese Vorkursen weiter wichtig zeigen in der praktischen Anwendung und auch dadurch, daß es geschloßen hinter dem sozialen Fortschritt steht und keine Rücksicht macht. Bedenke deutsches Volk deiner Vorkursen in 4 Kriegsjahren, es bleibe dein Ruhm und Stolz in der Geschichte. Trage Sorge, daß Mut und Ehre dir verbleibe, sei es am Friedenstisch, sei es im Endkampf, denn Mut und Ehre verleiern, alles verloren. Dem Vorkursen des deutschen Volkes muß ein heller Ostermorgen folgen.

Die beschreibenden und begeisterten Ausführungen des Kollegen Kistler hatten mächtigen Widerhall und Beifall ausgelöst. Der Appell der Generalsversammlung zur weiteren Hilfsbereitschaft dem Stande und dem Vaterlande gegenüber hat überall ein hartes Echo gefunden. Der örtlich organisierte Metallarbeiter aber kann, gestützt auf seine Organisation, allen Unzulänglichkeiten mit Ruhe und Zuversicht entgegengehen. Sein Beispiel möge Nachahmung in den Reihen derjenigen finden, die bisher dem christlichen Metallarbeiterverband fernstehen.

Concordia. Der Schlichtungsausschuß nach dem Gesetze betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, hat sich in seiner Sitzung am 23. Oktober mit einer Beschlussempfehlung der Dillinger Hilfsvereine zu befassen. Die Arbeitsfrage dieses Werkes, die zum größten Teil im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist, hatte ihren Arbeiterausschuß erzußt, der die Dillinger bestimmte Lohnsätze zu unterbreiten. Die Forderungen bewegten sich in sehr gemäßigtem Rahmen. Es wurde gefordert: Die Löhne unter 7,50 Mark sollten um 20 Prozent, die Löhne von 7,50-10 Mark um 15 Prozent und die Löhne über 10 Mark um 10 Prozent erhöht werden. Durch vorkursend eigenständige Unterzeichner hatten sich die Arbeiter hinter diese Forderungen gestellt. Von der Dillinger wurde dem Arbeiterausschuß erklärt, daß keine Lohnsteigerung bewilligt werden könnte. Jedoch erklärte sich die Dillinger bereit, die bereits im Monat Juli gewährte Zulage auch für die Monate August und September zu zahlen. Diese Zulage betrug sich wie folgt zusammen: 9 Mark je Arbeiter, 5 Mk. für Frau und je Kind und 3 Mk. für jeden Sohn, der Soldat ist. Die Arbeiterkassen war mit dem Ergebnis nicht zufrieden und verlangte, den Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle anzuerkennen.

Zum Termin am 23. Oktober vor dem Schlichtungsausschuß war neben 10 Vertretern des Arbeiterausschusses, Herr Generaldirektor Dr. Relling erschienen. Nachdem der Vorsitzende, Herr Geheimrat Reineke, den Sachverhalt vortragend hatte, machte er den Parteien folgenden Vorschlag: Die politischen Verhältnisse sind so, daß es sich zur Stunde nicht überlegen läßt, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Dillinger hätte in den nächsten Tagen gestalten. Es können die Dinge so kommen, daß Arbeitsmangel und ein Sinken der Preise entsteht und somit ein keine weitere Lohnsteigerung, vielleicht sogar mit einer allgemeinen Senkung der Löhne vereinbart werden kann. In Anbetracht dieser Tatsache, wäre es wohl angebracht, wenn die Entscheidung über den Streitfall um einige Wochen verschoben würde. Die politischen Verhältnisse sind so, daß es sich nicht raten kann, eine Zwischenvereinbarung zu treffen, die dahin gehen könnte, daß die Dillinger sich bereit erklärt, die in den letzten Monaten bewilligten Zulagenzahlungen auch in den Monaten Oktober und November noch zu zahlen.

Herr Generaldirektor Dr. Relling erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, beschloß auch der Arbeiterausschuß. Die für die Monate Oktober und November zu zahlende Zulagenzahlungen wird der Höhe ungefähr 300.000 Mark betragen. Die Vereinbarung wurde zu Protokoll genommen und von beiden Parteien unterschrieben.

Interessant war die Besprechung der Lohnverhältnisse im allgemeinen und andererseits die Gesetze der Arbeiter. Die Dillinger hatte dem Schlichtungsausschuß eine Aufstellung vorgelegt, die die Lohnverhältnisse während des Krieges enthielt. Im Monat Juli 1918 wurde der Lohn um 10 Prozent, im Mai 1917 um 10 Prozent, im August 1917 um 11 Prozent, und im März 1918 um 8 Prozent durchschnitten erhöht, macht also zusammen 49 Prozent in 2 1/2 Jahren. Infolge dessen seien die Dillinger um 75 Prozent während des Krieges gestiegen. Einmalig die Dillinger und den Zuschlägen, die das Werk zu der Lebensmittelpflichtigkeit geleistet haben will, würde die Lohnsteigerung ungefähr 195 Prozent betragen. Zu bemerken ist jedoch, daß das Kapital Lebensmittelpflichtigkeit nur für einen geringen Teil der Arbeiterkassen in Betracht kommt. Also die Dillinger hat nach allen Berechnungen 195 Prozent Lohnsteigerung während des Krieges zusammen bekommen. Wenn man nun bedenkt, daß im letzten Friedensjahre der Lohn eines erwachsenen Hilfsarbeiters an der Zahl 4-5 Mark betragen hat, so beträgt der jetzige Lohn durchschnitten 7-8,75 Mk. für einen erwachsenen Arbeiter. Das stimmt genau mit der Lohnverhältnisse des christlichen Metallarbeiterverbandes überein. Rechnet man aber auch die Zuschläge für Kinder und die Lebensmittelpflichtigkeit hinzu, woran ja nur ein Teil der Arbeiterkassen beteiligt ist, dann kommt ein Durchschnittslohn von 8,29-10,25 Mk. für erwachsenen Arbeiter heraus. Das sind dann die „Kriegsgewinnler“, von denen die Tageszeitungen geschrieben haben. Die Zahlen der Dillinger betreffen also nicht nur die Dillinger, die Lohnforderung der Dillinger Hilfsarbeiter sind. Es ist einfaß anzuschließen, daß mit dem jetzigen Lohn eine Familie, entsprechend den jetzigen Lebensverhältnissen, durchgebracht werden kann. Großer Mangel ist es aber auch, Oberbürgermeister als Gehaltsbezieher (ist in Dillinger Gehalt 2. B.) die ihre Pflicht tun und den ihnen anvertrauten Arbeitern behilflich sind, bessere Löhne zu erzielen. In der Geschichte und in anderen Betrieben, haben sogar die Arbeiter in Folge schlechter Vorkursen einen bedeutenden Vorkursen im Monat September gehabt. Die soll da die Stimmung im Volk gehoben werden?

Herr Geheimrat Dr. Relling erklärte vor dem Schlichtungsausschuß: In dem letzten Geschäftsjahre hätten an die Dillinger nur 13 Prozent Dividende ausbezahlt werden können im Gesamtvertrage von 3.200.000 Mark. Die Forderung der Arbeiter möge aber nicht die Summe von 4.400.000 Mark (?) notwendig, jedoch die Dillinger noch 1.200.000 Mark zahlen müssen. Nach der Jahresbilanz vom 30. Juli 1918 hat zwar das Werk nur die obigen Dividende ausbezahlt. Im Vorjahr wurden jedoch 2.791.932,23 Mark

gekauft und 657.135,02 Mark an Dividenden ausbezahlt. Es müßte dann hat man in die Dillinger eingelassen. In 2 1/2 Millionen Mark für Einzahlung des Betriebes auf die Friedensarbeit, über 4 Mill. Mark Schuldentilgungszinsen, 1 Mill. Mark für Einzahlung von Kriegsschäden usw. Es nicht noch sonst irgendeine Beschäftigtenvermögen benommen worden sein, ist für den Arbeiter schwer festzustellen. Es ist aber wohl auch die Frage aufzuwerfen: Muß ein Hilfsarbeiter, der keine Schmelze in die Hände bekommt, sich Kapital mit 13 Prozent verzinst haben? Was erhalten denn die kleinen Kapitalisten für Zinsen von der Sparkasse und selbst bei der Kriegsanleihe vom Vater Staat?

Opferbringen! Durchhalten! — Schöne Worte, mit denen auch die Dillinger Hilfsarbeiterkassen einverstanden ist. Opfer bringen und dem Volke das Durchhalten ermöglichen, ist auch eine vaterländische Pflicht, die die Aktionäre und Besitzer der Bergwerksindustriellen zu erfüllen haben. Die Wünsche der Arbeiter der Dillinger hätte sind berechtigt und durchführbar. Dieser Ansicht wird sich auch der Schlichtungsausschuß nicht verschließen können, sobald er in die Lage kommen sollte, durch einen Urteilspruch die bestehenden Differenzen aus der Welt schaffen zu müssen. Aus diesem Grunde ist allen Arbeitern der Dillinger hätte nur zu empfehlen, sich in ihrer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband hinter ihre berechtigten Forderungen zu stellen.

Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Samstag, den 10. November 1918:

- Arnsberg. Morgens 11 Uhr bei Degener.
- Bonn (Sieg). Bei 1018 in Pracht.
- Borkum (Ortsverwaltung). Tagung der werktätigen Jugend nachm. 4 Uhr im großen Saale des Remisbuschhofes unter Mitwirkung der städt. Jugendkapelle und des Männergesangsvereins „Eckhla“. Veranstaltung ist die Tagung von den christlichen Gewerkschaften und den kath. Jünglingsvereinen. Redner: Schriftleiter J. Möhnen über „Die Fahne der kath. Jugend“ und Gewerkschaftssekretär Kaiser, über: „Die Triebkraft der Jugend in der Zukunft“, einwärtigung der Gewerkschaften.“ Kein Mitglied unserer Jugendabteilungen darf in dieser Veranstaltung fehlen; dieselbe muß sich zu einer machtvollen Kundgebung gestalten.
- Bonn-Westen. 11 Uhr bei Drees, Insel.
- Bonn-Norden. Nachm. 5 Uhr bei Erkemann, Münsterstr.
- Borkum 1. Vorm. 11 Uhr im Lokal Krull, Körnerplatz.
- Borkum-Gesellschaft. Vorm. 11 Uhr im Lokal Wme. Schmittler.
- Borkum-Bergstr. Nachm. 5 Uhr im Lokal Klingenberg.
- Bielefeld. Vorm. 11 Uhr bei Christ, Efer, Marienstraße 1c.
- Bielefeld. Vorm. 11 Uhr bei Rehhof, Regentenstr. 9.
- Bielefeld-Bismarckstr. Vorm. 11 Uhr bei Guth, Wett- und Kaffeehaus-Café.
- Bielefeld bei Düsseldorf. Vorm. 11 Uhr bei Rärten, Bechermerstraße.
- Bielefeld. Vorm. 11 Uhr bei Seebels, zum Amtsgericht, Breitestr.
- Bielefeld bei Düsseldorf. Vorm. 11 Uhr bei Wemacher, Kreuzstraße.
- Bielefeld. Vorm. 11 Uhr im Lokal Röder, Söhnenstr.
- Bielefeld, Kr. Neuz. Nachm. 5 Uhr bei Deines-Meer.
- Bielefeld. 5 Uhr bei Zimmer, Kaiserstr.
- Bielefeld. 4 Uhr bei Eberich.
- Bielefeld. 5 Uhr bei Kiethe-Rafand, Unter den Linden.
- Bielefeld. Vortrag des Kollegen Heintze über die gegenwärtige Lage.
- Bielefeld bei Dinslaken. 4 Uhr bei Rastenhof.
- Bielefeld. 5 Uhr evang. Berntshaus, Charlottenstr., Vortrag des Kollegen Heintze.
- Bielefeld. (Jugendliche.) Vorm. 11 Uhr bei Rillas, Wilhelmstraße.
- Bielefeld-Bismarckstr. Abends 7 Uhr bei Linden, Bismarckstr. 200, Besprechung der eingeladenen Mitglieder.
- Bielefeld-Kreuzstr. und Mittelstr. 11 Uhr bei Willmsen, Peterstraße, mit Vortrag.
- Bielefeld. 5 Uhr im Gesellschaftshaus, mit Vortrag.
- Bielefeld-Gamborn, Wäldchen-Überhausen in allen Geschäftsstellen Hausagitation.
- Bielefeld. 5 Uhr bei Muth, Kalkenstraße.
- Bielefeld. 5 Uhr bei Kretsch.
- Bielefeld. 8 Uhr Familienabend bei G. Sabusch.
- Bielefeld. Abends 6 Uhr bei Knode, Jugendabteilung.
- Bielefeld. Morgens 11 Uhr sämtliche Jugendliche bei Oberkampff nach Hausagitation.
- Bielefeld. Abends 5 Uhr bei Klappek, Schlegelstr.

Dienstag, den 12. November 1918:

- Güls. Abends 6,30 Uhr bei Zielinski.
- Mittwoch, den 13. November 1918:
- Gamborn. 8 Uhr bei Reuhaus, am Rathaus.
- Donnerstag, den 14. November 1918:
- Borkum-Borkfeld. 6,30 Uhr bei Samm. (Vertrauensmänner)
- Samstag, den 15. November 1918:
- Sollingen. Abends 8 Uhr im Bürgerhof, Kronenstr. 19.

Der moderne Metallarbeiter

Reisener für Dreher, Schlosser und Maschinenbauer, 4. Aufl. 348 Seiten, geb., 1,35 Mk. Von Otto Schwam. Dieses Werk zeigt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vornehmenden Berechnungen der Arbeit an Drehbänken zum Gewinnschneiden vornehmen zu können. Es enthält einer Rechenlehre, Stahl und seine Verwendung, Berechnungen der Drehzahl, wie auch zu brechen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfang, Veranschauligung, Klagen, Nennmaß, Querschnitt u. Gewichtsverhältnisse Schrauben- und Gewindearbeiten, Kräfte von Zahnrädern, Ketten und Spiralen, Bestimmen der Pferdekraft und vieles andere Wissenswerte. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben und daher bestens zu empfehlen. Gegen Entsendung von 5,20 Mk. oder Nachm. 5,50 Mk. Ein Herrmann, Abt. 34, Berlin, Friedrichstr. 51, Postfach 193.

Schlosser und Schmiede

gesucht.
Kammerhewer A.-G., Bradwebe-Süd.